

14.01.2014

Offener Brief an die Vorsitzenden der Fraktionen der SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg

Sehr geehrter Herr Dr. Gührs,
sehr geehrter Herr Hoffmann,
sehr geehrte Frau Schuler,
sehr geehrter Herr Lotarewicz,

Sie haben sich gemeinsam mit Ihren Fraktionen dazu entschieden am Montag, den 13. Januar 2014 nicht zur Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung zu erscheinen. Dieser Boykott kam nicht überraschend, haben sich doch die Anzeichen im Vorfeld der Sondersitzung diesbezüglich verdichtet. Dennoch können wir bis jetzt immer noch nicht glauben, dass Sie tatsächlich diesen Tabubruch begangen haben. In der Geschichte Lichtenbergs im wiedervereinten Deutschland ist dieser Vorgang einmalig.

Wir wollen Sie, trotz der Einmaligkeit dieses Ereignisses nicht belehren. Das steht uns nicht zu. Wir wollen uns aber gegen Ihre Falschdarstellung wehren und darauf aufmerksam machen, dass der Boykott einer BVV-Sitzung nicht nur der bisherigen politischen Kultur widerspricht, sondern die Demokratie untergräbt.

Sie schreiben in Ihrer Pressemitteilung vom 13. Januar, dass die Linkspartei einer sachlichen Debatte zum Thema Hilfen zur Erziehung eine Absage erteilt. Eine derartige Behauptung ist schlichtweg falsch. Die Verordneten der Linkspartei und der Fraktion PIRATEN waren zur BVV-Sitzung anwesend. Wer einer Debatte eine Abfuhr erteilt hat, indem sie nicht gekommen sind waren die Verordneten der SPD, CDU und Grünen. Ihre Fraktionen haben sich auch schon am 12. Dezember 2013 der Debatte verweigert, indem sie die Dringlichkeit ablehnten.

Sie schreiben, dass die Linkspartei Ihren Terminvorschlag nicht aufgegriffen hat, sondern an ihrem „nicht abgestimmten“ Terminvorschlag festgehalten hat. Bereits die Wortwahl ist bezeichnend. Vorschläge, die nicht aus der Zählgemeinschaft kommen sind „nicht abgestimmt“ und deshalb unredlich. Vorschläge der Zählgemeinschaft, die nicht konsensfähig sind, unterliegen dieser Wertung nicht. Dabei ignorieren Sie auch, dass Sie es waren, die die Frist des Ältestenrates haben verstreichen lassen und keinen Versuch unternommen haben Alternativen aufzuzeigen.

Sie schreiben, dass es Ihren Verordneten aus Gründen der Berufstätigkeit nicht möglich war zur Sondersitzung zu erscheinen. Dabei unterschlagen Sie, dass der Beginn um 16:30 Uhr Ihren Einwand berücksichtigte, dass parteipolitische Veranstaltungen am Abend stattfinden. Die Tatsache, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU pünktlich im Tagungssaal erscheint, um diesen dann zum Sitzungsbeginn zu verlassen, lässt an Ihrer Begründung zweifeln.

Aber all dies sind Kleinigkeiten, wenn auch sehr dreiste. Das eigentliche Problem ist der Verlust des Politischen. Wir haben uns daran gewöhnen müssen, dass dringliche Anträge, die nicht von SPD, CDU oder Grünen kommen, häufig nicht behandelt werden. Wir haben uns daran gewöhnen müssen, dass Anträge und Tagesordnungspunkte von Fraktion PIRATEN und Linksfraktion in den Ausschüssen mit Ihrer Mehrheit bis zum Sanktnimmerleinstag vertagt werden.

Nun unterbinden Sie Debatten in der BVV, setzen Minderheitenrechte, die die Berliner Verfassung und die Geschäftsordnung der BVV der Minderheit zugesteht, außer Kraft. Damit ist eine Grenze überschritten. Sie führen in der BVV Krieg mit parteipolitischen Mitteln und merken dabei nicht, dass Ihr Opfer nicht die Fraktionen der LINKEN oder PIRATEN sind, sondern die Demokratie ist.

Wir können Sie nur auffordern, kehren Sie zu einer Auseinandersetzung zurück, die die Bedürfnisse des Bezirks und seiner Einwohner im Zentrum hat, und missbrauchen Sie nicht mehr Ihre Mehrheit um Minderheiten in Ihren Rechten einzuschränken!

Christian Petermann
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Yannick Meyer
Fraktionsvorsitzender PIRATEN